



#dieschmidt

der newsletter

11.09.2020

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

die parlamentarische Sommerpause ist seit dieser Woche zu Ende und die Sitzungen in Berlin haben wieder begonnen. Trotz Corona konnte ich unter Einhaltung der Corona-Regeln viele Besuche und Gespräche in meinem Wahlkreis führen: Unter anderem habe ich mir beim KleiderTREFF der Caritas in Dillenburg ein Bild davon gemacht, wie Schülerinnen und Schüler beim Home-Schooling unterstützt werden ([Mehr dazu hier](#)). Mit der Diakonie habe ich darüber gesprochen, wie die Umsetzung des Bundeteilhabegesetzes vor Ort funktioniert und wo wir noch nachsteuern müssen ([Mehr dazu hier](#)). Mit der Polizei in Wetzlar habe ich über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Dienstalltag der Polizistinnen und Polizisten vor Ort gesprochen und deutlich gemacht, dass wir gemeinsam gegen Respektlosigkeiten und Gewalt gegenüber Polizistinnen und Polizisten eintreten müssen ([Mehr dazu hier](#)).

Seit Montag wird der Kinderbonus ausgezahlt. Als Anerkennung für die Belastungen, die alle Familien in der Pandemie auf sich nehmen müssen, erhalten alle Familien pro Kind zusätzliche 300 Euro. Wir stärken dadurch alle Familien direkt und sorgen dafür, dass das Geld dort ankommt, wo es gebraucht wird. Wir haben diese Woche weitere wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht: Wir passen das Insolvenzrecht an, damit die Unternehmen, die zwar in Probleme geraten, aber überlebensfähig sind nicht bankrottgehen. **Damit sichern wir Arbeitsplätze und verhindern eine Pleitewelle.** Für Familien haben wir weitreichende steuerliche Entlastungen auf den Weg gebracht. Ab dem 01.Januar soll das Kindergeld um 15 Euro auf insgesamt 219 Euro für das erste und zweite sowie 225 Euro für das dritte und 250 Euro für das vierte und jedes weitere Kind erhöht werden. Gleichzeitig werden wir den Kinderfreibetrag auf insgesamt 8388 Euro erhöhen. Wir unterstützen zukünftig stärker die Eltern von erkrankten Kindern, indem wir die Bezugszeit des Kinderkrankengeldes für 2020 von 10 auf 15 Tage, für Alleinerziehende sogar auf 30 Tage erhöhen. Damit helfen wir kurzfristig und stärken die Einkommen aller Familien.

Die Corona-Pandemie hat gerade auf die Veranstaltungsbranche, auf Künstlerinnen und Künstler, besondere Auswirkungen. Deshalb haben am Mittwoch über 6000 Menschen aus ganz Deutschland unter Einhaltung der Hygiene-Standards für mehr Unterstützung und einen Ausweg aus der Krise demonstriert. Am Rande der Demonstration habe ich mit Frank Mignon gesprochen, der mich für die Sendung „frank & frei bewegt“ am kommenden Mittwoch 16.09. interviewt hat. Ich freue mich sehr, dass am 25.09. die nächste Fraktion-vor-Ort Veranstaltung digital stattfinden kann. Gemeinsam mit der Bundestjustizministerin Christine Lambrecht lade ich alle herzlich ein, um über Hass & Hetze im internet zu sprechen. ([Weitere Informationen gibt es hier](#))



Mit solidarischen Grüßen
Dagmar Schmidt, MdB

Für einen verlässlichen Arbeitsschutz



Schon vor der Corona-Pandemie waren die Bedingungen in der Fleischindustrie nicht gut. Andrea Nahles hat schon 2017 einen scharfen Gesetzesentwurf vorgelegt, der damals so leider nicht mehrheitsfähig war. Durch das Infektionsgeschehen konnten wir endlich die Union davon überzeugen, dass Verbesserungen im Arbeitsschutz dringend notwendig sind. Für uns ist klar: Arbeit darf nicht krank machen. Mit dem Gesetz, das wir in dieser Woche in erster Lesung beraten haben, sorgen wir für einen verlässlichen Gesundheitsschutz. ([...weiterlesen](#))

Für schnellere Investitionen



Langatmige Planungs- und Genehmigungsverfahren verzögern häufig effektive und sinnvolle Investitionen in unsere Infrastruktur, wie beispielsweise Investitionen in neue Bahnstrecken oder Windräder. Wir haben nun in erster Lesung über die Beschleunigung von Investitionen beraten. Diese Verbesserungen sollen in 3 Bereichen greifen: Im Bereich der Schieneninfrastruktur sollen in Zukunft Digitalisierungs- und Elektrifizierungsmaßnahmen sowie Umbaumaßnahmen zur Barrierefreiheit nicht mehr genehmigt werden müssen. ([...weiterlesen](#))

Für Patientinnen und Patienten



Eine moderne und hochwertige Gesundheitsversorgung ist nicht nur während der Corona-Pandemie wichtig. Wir haben deshalb in erster Lesung das „Zukunftsprogramm Krankenhäuser“ beraten. Durch das Konjunkturpaket stehen insgesamt 3 Milliarden Euro bereit, um Krankenhäuser zu modernisieren und die digitale Ausstattung und Vernetzung der Krankenhäuser voranzutreiben. Wir schaffen zudem Rahmenbedingungen, um corona-bedingte Erlösausfälle ausgleichen zu können. Damit Patientinnen und Patienten auch vor Ort weiterhin die bestmögliche medizinische Versorgung erhalten, stärken wir mit einem weiteren Gesetz die vor-Ort-Apotheken. ([...weiterlesen](#))

Für ein modernes und transparentes Lobbyregister



Unser demokratisches System lebt von Teilhabe von vielen Gruppen aus allen Teilen der Gesellschaft. Diese sind oft entscheidend an den Prozessen zur politischen Willensbildung beteiligt. Mit der Einführung eines Lobbyregisters, was wir diese Woche in erster Lesung beraten haben sorgen wir dafür, dass die Vertretung von Interessen gegenüber dem Deutschen Bundestag endlich transparenter gehandhabt wird. Dabei wird es einen verpflichtenden Verhaltenskodex und ein öffentliches Rügeverfahren geben. Verstöße werden in Zukunft mit Ordnungsgeldmaßnahmen sanktioniert.

Für eine digitale, europäische Zukunft



Im Februar 2020 hat die Europäische Kommission Konzepte vorgelegt, wodurch die digitale Zukunft Europas gestaltet werden soll. Wir unterstützen eine verantwortungsvolle und menschenzentrierte Nutzung von künstlicher Intelligenz und haben deshalb gemeinsam mit der Union die Bundesregierung dazu aufgefordert, dieses Thema zu einem der Schwerpunkte der EU-Ratspräsidentschaft zu machen. Wir wollen erreichen, dass es einen einheitlichen Rechtsrahmen gibt, der den Schutz der Grundrechte und die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger gewährleistet, gleichzeitig aber auch Innovationen ermöglicht. ([...weiterlesen](#))

Für eine schnelle Aufklärung der Cum-Ex Praktiken



Im Bundestag haben wir in dieser Woche in einer aktuellen Stunde über Cum-Ex Praktiken debattiert. Olaf Scholz hat noch einmal deutlich gemacht, dass die illegalen Praktiken der Steuervermeidung mit aller Härte verfolgt werden müssen. ([hier geht es zu seiner Rede](#)) In erster Linie sind hier die Finanzämter und die Staatsanwaltschaften gefordert, die Sachlage faktenbasiert aufzuarbeiten und kriminelle Machenschaften zur Rechenschaft zu bringen. Olaf Scholz hat als Bundesfinanzminister mit dem Gesetz gegen Geldwäsche oder der Einführung eines Transparenzregisters viele Gesetze auf den Weg gebracht, um die Steuervermeidung einzudämmen. Mein Kollege Lothar Binding hat dazu gesagt: „Wir sind auf einem guten Weg und wenn wir jetzt noch ohne Unterstellungen arbeiten, sogar auf einem richtigen!“ ([hier geht es zu seiner Rede](#))